

Neueste Nachrichten

Impressum-Vertrag
Die heutige Preisliste 20 Pf.
Im Reichsamt 50 Pf.
Kampfbuchhändler: Witzkestr. 48.
Fernsprecher: Amt I-2a. 507.

Gesetzliche und verbreitetste Tageszeitung der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.
Unparteiliche, unabhängige Zeitung für Jedermann.

Verlags-Preis:
Durch die Post vierteljährlich Mk. 1.50,
mit „Dresdner fliegende Blätter“ Mk. 1.90,
für Dresden und Vororte monatlich 50 Pf.
mit Wochblatt 60 Pf.
für Osterr.-Ung. viertelj. fl. 1.80 resp. 1.68
Deutsche Preisliste: Nr. 413, Oester. 2389

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten

Nur 1 Mark

kosten die „Neuesten Nachrichten“ im Post-Abonnement bei allen Postanstalten für die Monate

August u. September

mit Wochblatt „Dresdner fliegende Blätter“

Mark 1.27.

Neu eintretende Abonnenten erhalten auf Wunsch den laufenden Roman kostenlos nachgeliefert.

Die englischen Wahlen.

Die englischen Wahlen sind beinahe beendet. Ihr Ergebnis ist noch nicht vollständig bekannt, aber das Bild, das sie zeigen werden, steht in den Umrissen fest. Die Wahlen haben eine Regierungsmehrheit ergeben, wie sie vordem in England wohl noch nicht dagewesen ist. Es scheint sich also in England ein vollständiger Umschwung der öffentlichen Meinung vollzogen zu haben. Denn das ganze Land hat durch seine Wahlen gesagt, daß es eine andere Regierung wünsche, eine Aenderung des Systems anstrebe. „Das Volk“, so schreiben die „Times“, „vertrauen Lord Salisbury und Balfour, dem Herzog von Devonshire und Chamberlain, daß sie eine Politik einschlagen, welche von der der letzten Jahre wesentlich verschieden ist.“

Da dies „wesentlich verschieden“ aber keineswegs nur innerpolitische Fragen betrifft, so haben die Wahlen in England eine internationale Bedeutung gewonnen. Auch in die auswärtigen Beziehungen Englands soll ein Systemwechsel kommen. Wie weit dies der Fall sein wird, muß schon die nächste Zukunft lehren, hängt doch der Himmel Europas voller Gewitterwolken. Ueberall sind rivalisierende Parteien vorhanden, und Lord Salisbury wird sehr bald Gelegenheit finden, zu zeigen, ob er mit der Politik der Zurückhaltung, die bisher in England in allen internationalen Fragen geübt hat, nunmehr brechen will.

Daß man in England wünscht, steht außer Zweifel. In England hat, wie die Wahlen zeigen, der Nationalstolz und das Nationalgefühl, wenn das noch möglich war, eine sichtliche Stärkung gefunden. Daß Lord Rosebery in seinen letzten öffentlichen Reden den Kampf gegen das Oberhaus als Hauptaufgabe der Regierung und ihrer Partei bezeichnete, mag in einem Lande, das so stark an allen alten Einrichtungen hängt, vielfach unglücklich gewirkt haben. Indes die Radikalen Balfour, Chamberlain, Lytton, die zahlreiche gemäßigten Liberalen vertrieben durch den Gedanken, daß das Haus der Lords — innerlich hat jeder richtige Engländer einen gewissen Respekt vor dieser Körperschaft — den Iren geopfert werden solle. Damit aber wird der entscheidende Grund berührt, aus welchem sich Roseberys Rücktritt und die colossale Niederlage der Liberalen bei den Parlamentswahlen erklärt.

Das Oberhaus sollte, so schreibt die „N. Y. Tr.“, nach dem politischen Glaubensbekenntnisse, dem auch Lord Rosebery beipflichtete, entweder einen großen Teil seiner Macht verlieren oder ganz und gar abgeschafft werden, weil es die Reichseinheit vertheiligt und die von Gladstone vorgeschlagene selbstständige Verwaltung Irlands zurückwies. Das Oberhaus gab nur ein Schlagwort ab, in Wirklichkeit drehte sich der Parteistreit in England einzig und allein um Homerule, um die Frage, ob Irland sich selbst regieren solle. Jahrelang dauerte der Kampf unter der persönlichen Führung des greisen Gladstone, der mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen an der Idee festhielt, den Irländern ihr eigenes Parlament zurückzugeben. Als er endlich, müde und wohl auch am Erfolge verzweifelt, die Bügel aus der Hand gab, ergriff sie Lord Rosebery im Vertrauen darauf, daß die ungeheure Popularität Gladstones dem Nachfolger, dem Fortsetzer seines Werkes zu Gute kommen würde. Sein zweiter Mann in England wird so verehrt und gefeiert wie Gladstone. Hohes Alter, eine glänzende politische Laufbahn, ungewöhnliche Rednergabe, vornehmer, makelloser Charakter, reiches und vielseitiges Wissen vereinigten sich, um ihm die Hochachtung und Bewunderung seiner Mitbürger zu sichern. Einer Sache, die ein solcher Mann vertrat, ja mit leidenschaftlichem Eifer verfocht, schien der schließliche Erfolg beinahe verbürgt. So mochte Lord Rosebery denken, als er die Erbschaft Gladstones übernahm.

Berechnete! Der Gladstone-Cultus hat im britischen Reiche nicht abgenommen, allein stärker als er zeigte sich der gesunde praktische Sinn der Engländer in politischen Dingen. In Frankreich könnte eine Sache, die ein so volkstümlicher und bedeutender Mann wie Gladstone zu der seinigen machte, schwerlich unterliegen. Die Massen würden unwillkürlich fortgerissen und keine nüchterne Erwägung würde dem Sturme Stand halten. In England gönnt man dem Gefühle, sobald es sich um ernste politische Fragen handelt, keine entscheidende Stimme. Der Ausfall der jetzigen Parlamentswahlen beweist es. So hoch man Gladstone stellen mag, die Reichseinheit steht der Mehrheit der Engländer höher, und sie läßt sich weder durch die Autorität eines hervorragenden Staatsmannes noch durch seine Beredsamkeit davon überzeugen, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit gegen die Irländer sei, Großbritanien nach föderalistischen Grundzügen umzugestalten. Homerule ist Gladstones jüngstes und liebstes Kind, doch die Berehrung für den Vater hindert die Engländer nicht, es als einen bössartigen Wuchsthum zu erkennen, dem man am besten das Gendel umdreht. Es mag sehr schmerzhaft für den Kreis sein, ein von ihm mit dem Aufwande seiner ganzen Geisteskraft verfochtenes Reformwerk zusammenzubrechen zu sehen.

Die russisch-französische Allianz.

Die französische Presse ist jetzt, nachdem die Kammer geschlossen und die Politik in die Ferien gegangen ist, mehr als je darauf an-

gewiesen, ihre Leser mit Märgen zu unterhalten. Einen geradezu unerforschlichen Stoff für erkundungsreiche Journalisten bietet natürlich das französisch-russische Bündnis, über das täglich neue „authentische“ Mittheilungen in die Presse gelangen. Der „Figaro“ behauptet, nach einer Umfrage in verschiedenen Hauptstädten habe er zwar nicht den genauen Inhalt des französisch-russischen Allianzvertrages, aber wenigstens die Bestimmungen über den casus foederis (der Fall, in welchem sich das Bündnis vollzieht) erfahren.

In der Tripelallianz trete der casus foederis bei einem Angriff gegen eine der verbündeten Mächte ein, wobei aber die anderen Mächte nach eigenem Ermessen beurtheilen dürften, ob wirklich ein Angriff vorliege. Bei der russisch-französischen Allianz gebe es kein solches Ermessen. Die Mobilisirungsverpflichtung sei absolut; sobald die Kriegserklärung oder auch ein bloßer feindlicher Act gegen eine Macht erfolge, mobilisiren beide gleichzeitig ohne vorgängige Verhandlungen.

Diese Angaben des „Figaro“ sind von fragwürdiger Authentizität und höchst dunkel. Vielleicht soll damit angedeutet werden, daß die Allianz auch zum Angriff schreiten könnten, da jede mobilisiren muß, wenn die andere den Krieg erklärt, ohne ermessen zu dürfen, ob die Krieg erklärende Macht sich im Zustande der Vertheidigung befindet.

Der „New York Herald“ publicirt seinerseits ein Interview seines Petersburger Correspondenten mit einem intimen Freunde des russischen Finanzministers Witte. Die französisch-russische Militärconvention datirt hiernach vom August 1891, seit dem Besuche der französischen Flotte in Kronstadt, sei nach der Thronbesteigung des jetzigen Zarens vollendet worden und trage einen durchaus friedlichen Charakter. Die Publication des Vertrages sei im letzten Frühjahr beschlossene Sache gewesen, aus internationalen Rücksichten aber aufgegeben worden, das russisch-französische Zusammengehen in Ostasien sei eine Folge des Bündnisses gewesen.

Der „Globe“ veröffentlicht ein Interview mit dem von Gröbpi abgerufenen früheren italienischen Botschafter in Petersburg, Grafen Greppi. Derselbe sagte, daß Russlands Politik sich jetzt gänzlich nach Asien gewendet habe. In Asien wolle Rußland das Auzerreich erreichen. Der europäische Theil Russlands solle der Farenmacht nur als Bollwerk gegen Deutschland dienen, und Frankreich habe in der russischen Politik die Aufgabe, nöthigenfalls einen Vorstoß gegen Deutschland zu machen. Der wahre Gegner Russlands wie Frankreichs sei England. An die Grüns einer Allianz glaubt Greppi nicht. Obgleich er ihm oft gesagt, daß die russisch-französischen Interessen eine Identität haben, die jeden Vertrag überflüssig mache. Eine Militärconvention dürfe aber bestehen. Fürst Lobanow wünscht, daß die Sympathie-Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland weniger theatralisch seien. Man möge sich ruhig verhalten. Wenn jedoch Deutschland und England ihre Feindschaften gegen die russisch-französischen Interessen hervortreten ließen, dann würde die Lage plötzlich ernst werden und die Dinge ihren Lauf nehmen.

J. Berlin, 26. Juli. (Privat.) Die neuesten Details, welche von Paris aus in Bezug auf die franco-russische Allianz verbreitet werden, machen hier nirgends irgend welchen Eindruck, zumal sie den Stempel der Erdichtung deutlich an der Stirn tragen. Man sieht in hiesigen amtlichen Kreisen keinerlei Veranlassung, wegen derartigen unverbürgter Setzungsmedungen von der Auffassung abzugeben, die man sich auf Grund zuverlässiger Meldungen schon seit längerer Zeit über dieses Bündnis gebildet hat und die ich Ihnen bei Gelegenheit der hanotauglichen Parlamentstredede bei der Verlethung des Andreadordens an Faure näher darlegte.

Deutschland.

Der Kaiser wird anfangs October nach Mex kommen und in seiner Bestimmung Uroville Wohnung nehmen. Die Einweihung der von ihm der Gemeinde Kurzel geschenkten Kirche ist, wie der „Fest.“ gemeldet wird, deshalb bis dahin aufgeschoben worden. — Die Königin von England wird während der Anwesenheit ihres kaiserlichen Entzels in Cowes zwei Hofjournale zu dessen Ehren veranstalten, während der Prinz v. Wales seinen Schwager auf der Nacht „Victoria und Albert“ besuchen wird. Am Sonnabend, 10. August, wird der Kaiser wahrscheinlich das Lager von Albersdorf besuchen.

Rudolf v. Guelch wurde gestern in Berlin mit großen Ehrenbezeugungen zur letzten Ruhe bestattet. Den Ehrenplatz unter den Blumenkränzen auf dem Sarg nahm ein Kranz ein, den der Kaiser, welcher der Familie des Verstorbenen schon früher auf dem Erdbahne sein Beileid ausgesprochen hatte, durch den Chef des Civilcabinetts, Geheimen Cabinetrath v. Lucanus, hatte überbringen lassen. Dieser Kranz, aus weißen und rothen Rosen hergestellt, war mit einer weißen selbstnen Schleife geschmückt, auf der in Gold der gekrönte kaiserliche Namenszug prangte. Ein mächtiger Vorberkranz mit weißer Schleife war von der Kaiserin Friederich gestiftet worden, einen zweiten hatte der bairische Gesandte v. Jagemann im Namen des großherzoglichen Paares von Baden auf dem Sarg niederlegen lassen. Das Staatsministerium war durch seinen Vizepräsidenten den Minister v. Boetticher und den Kultusminister v. Hoffe vertreten, ebenso das diplomatische Corps, die Stadt Berlin durch den Oberbürgermeister Jelle, die Stadtverordneten Prof. Birchow und Sanitätsrath Dr. Neumann. Auf dem Friedhofe der Matthäikirche sind Rudolf von Guelch's sterbliche Reste beigesetzt worden.

Im Fall v. Hammerstein. Aus Pöbmed wird geschrieben: Die hiesige Zeitung brachte dieser Tage einen festigen Artikel gegen den bisherigen Chefredacteur der „Kreuzzeitung“, Freiherrn v. Hammerstein. Der Abgeordnete Freiherr v. Erffa bringt nunmehr eine Erwiderung auf jenen Artikel in derselben Zeitung. Es heißt: „Es wird Sache des Herrn v. Hammerstein sein, diese Angriffe, die hauptsächlich persönlicher Natur sind, zu entkräften. Wenn aber Herr v. Hammerstein in dem genannten Blatte wiederholt als „conservativer Parteichef“ bezeichnet wird, so ist dies ein Verbrechen oder eine Fälschung, die der Aufklärung bedarf. Die conservative Partei in Deutschland wird vertreten durch einen Gesamtvorstand von 52, und dieser durch einen geschäftsführenden Ausschuss von 11 Mitgliedern. Herr v. Hammerstein war weder Mitglied des Gesamtvorstandes noch des sogenannten „Kreuz-Ausschusses“. Er war sogar nicht einmal Vorstandsmittglied der conservativen Fraction des Reichs- oder Landtages. Er war also weder conservativer Führer, Parteichef, sondern lediglich Chefredacteur der „Kreuzzeitung“. Die „Kreuzzeitung“ unterliegt nicht der conservativen Parteileitung und wird von dieser als officielles Organ nicht anerkannt.“ Freiherr v. Erffa bezeichnet als einzig officielles Organ der Partei die „Conk. Correspondenz“.

Bei der nächsten Volkszählung im December sollen der Bearbeitung der Ergebnisse zehn Tabellen zu Grunde gelegt werden. Die erste soll den Flächeninhalt, die Haushaltungen und die ortsanwesende Bevölkerung umfassen, in der zweiten sollen die ortsanwesenden und Reichthumsänderer aufgeführt werden, die dritte Tabelle wird die Bevölkerung nach kleineren Verwaltungsbezirken darstellen. In der vierten Tabelle werden die Gemeinden, welche entweder am 1. December 1890 oder am 1. December 1895 mindestens 2000 Ein-

wohner hatten, in der fünften die Bevölkerung nach den Directivbezirken für die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern, in der sechsten Begrenzung und Bevölkerung der Armecorpsbezirke, in der siebenten Begrenzung und Bevölkerung der Oberlandesgerichtsbezirke und in der achten die Bevölkerung nach den Wahlkreisen erschichtlich gemacht werden. Von besonderem Interesse sind die beiden letzten Tabellen, weil sie die beiden bei der diesjährigen Volkszählung zu berücksichtigenden neuen Momente aufnehmen sollen. Die neunte Tabelle wird den beschäftigungslosen Arbeitnehmern gewidmet sein. In der zehnten Tabelle endlich sollen die Landsturmpflichtigen nach ihrer militärischen Ausbildung dargestellt werden.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1894/95 haben sich nach dem Finalabschluss der Reichshauptkasse, abgesehen von den außerordentlichen Deckungsmitteln angewiesenen Ausgaben, im Vergleich zum Etat in runden Summen, wie folgt gestaltet. Für das Reichsgebiet sind bei den Contingentverwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg an fortbauenden Ausgaben 276 000 Mk. und an einmaligen Ausgaben 304 000 Mk. weniger erforderlich gewesen. An Einnahmen sind im Bereiche der Militärverwaltung 286 000 Mk. mehr auf gekommen. Beim Reichsgebiet stellt sich hiernach das Gesamtergebnis gegen den Etat um 866 000 Mk. günstiger. Die Ausgaben der Marine, einschließlic ihres Antheils an allgemeinen Pensionsfonds, haben den Voranschlag um 490 000 Mk. überschritten. — Beim auswärtigen Amt sind 1 115 000 Mk. bei den Fonds des Reichsfinanzamts 1 818 000 Mk. und beim Reichsfinanzamtsfonds 525 000 Mk. mehr erforderlich gewesen. Im Restpost des Reichsfinanzamts des Innern sind — im Wesentlichen durch den Wiederbedarf zu Unterhaltungen an Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften — 480 000 Mk. und bei der Reichsschuld 2 764 000 Mk. Die übrigen bei den Hauptabschnitten der Ausgabe eingetretene Abweichungen vom Etat ergeben noch einen Wiederbedarf von 216 000 Mk. — Im Ganzen bleiben die Rebedürfnisse bei den hier in Betracht gezogenen Ausgabenfonds des ordentlichen Etats hinter den dort vorgekommenen Ersparnissen um 79 858,30 Mk. zurück. Die Zölle und die Tabaksteuer, von deren Ertrag der Reichsfinanzamt nur der feste Antheil von 180 000 000 Mk. verbleibt, haben gegen das Etatslohl 13 224 000 Mk. mehr eingebracht, wovon 12 976 000 Mk. auf die Zölle und 248 000 Mk. auf die Tabaksteuer entfallen. Bei den Bundesstaaten im vollen Reinertrag zuzurechnenden Steuern sind gegen den Etat auf gekommen: bei der Verbrauchsabgabe für Branntwein 492 000 Mk. weniger, bei den Stempelabgaben für Wertpapiere 14 678 000 Mk. mehr. Die dem Reich verbleibenden Steuern haben sammtlich gegen den Etat Mehrerträge ergeben, und zwar die Zuckersteuer 4 966 000 Mk., die Salzsteuer 1 721 000 Mk., die Waisenhilfs- und Branntweinmaterialsteuer 87 000 Mk., die Brausteuer 614 000 Mk., der Spielartenstempel 25 000 Mk., die Wechselstempelsteuer 170 000 Mk., die statistische Gebühr 77 000 Mk. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat mit einem Mehrertrag von 1 520 000 Mk., die Reichsdruckerei mit einem solchen von 18 000 Mk., die Eisenbahn-Verwaltung dagegen mit einem Minderertrag von 582 000 Mk. abgeschlossen. Die Einnahmen aus dem Bankwesen sind um 3 329 000 Mk. hinter dem Etatsanfang zurückgeblieben. An verschiedenen Verwaltungseinnahmen sind 1 290 000 Mk. (mit Einschluß der oben erwähnten eigenen Einnahmen der Militärverwaltung) mehr auf gekommen; desgleichen bei dem Reichs-Invalidenfonds um 115 000 8000 Mk., so daß zur Deckung der oben erwähnten Mehrausgabe bei diesem Fonds eine Erhöhung des Capitalauschusses um 517 000 Mk. erforderlich war. Außerdem sind noch an Zinsen aus belegten Reichsgeldern, Ueberhöfen aus früheren Jahren und sonstigen Einnahmen 110 000 Mk. mehr eingegangen, wogegen ein Matricularbeitrag die durch den Nachtragetat bewilligten 104 000 Mk. nicht zur Erhebung gekommen sind. Im Ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, im Vergleich zum Etat 7 092 374,78 Mk. mehr zur Reichskasse geflossen, und es hat sich nach Hinzurechnung der Ausgabe-Ersparnisse von 79 858,30 Mk. für den Reichshaushalt des Etatsjahres 1894/95 ein Ueberhuß von 7 172 216,48 Mk. ergeben.

Ausland.

Italien. Rom, 25. Juli. In der heutigen Morgen Sitzung der Depulantenkammer theilte der Minister des Auswärtigen mit, daß Rußland gegenwärtig Italien erklärte, es habe in Aethiopien nur religiöse Interessen; die italienische Regierung, welche die Errichtung der apostolischen Präfectur in Eruthria mit Genehmigung aufnahm, habe sich auf die Bemerkung beschränkt, daß sie die Lazaristen den Papen gegenüber nicht bezweige. Der Redner erinnerte sodann an den Berrard Rencelle, der es Italiens wehner Unterstutzung verdanke, daß er Regus ist; Niemand könne sich zwischen ihn und Italien einmischen. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß Italien bereit sei, Angriffe in Eruthria zurückzuweisen und zu vertheidigen.

England. London, 25. Juli. Vor dem üblichen Empfang des diplomatischen Corps im Auswärtigen Amt hatte der türkische Botschafter eine lange Unterredung mit dem Premierminister Salisbury. Die außergewöhnlich lange Dauer der Conferenz erregte unter den Diplomaten Erstaunen. Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß Salisbury die Versicherung gegeben habe, England sei entschlossen, die macedonische Frage nicht acut werden zu lassen.

Don Balkan. Athen, 25. Juli. Die „Athen. Sig.“ versichert, die neuesten Nachrichten über die macedonische Bewegung ließen keinen Zweifel darüber, daß in Macedonien die Unruhen zugenommen haben. Eine maßgebende Persönlichkeit erklärte laut Bericht der „Athen. Sig.“, daß Rußland dieser Bewegung gleichgültig gegenüberstehe, ja, dieselbe sogar als gänzlich ungeltingig bebaure.

Belgrad. 25. Juli. Oberst Stojanow, der erste Adjutant des kaiserlichen Erbprinzen, ist hier eingetroffen und nach Karlsbad zum kaiserlichen Erbprinzen weiter gereist. Stojanow ist Ueberbringer wichtiger Berichte der bulgarischen Regierung.

Brasilien. Rio de Janeiro, 25. Juli. Die brasilianische Regierung richtete zwei Noten an die englische Gesandtschaft, um Einspruch zu erheben gegen die Besetzung der Insel Trinidad. Die Regierung bezieht sich dabei auf eine Ordre der englischen Admiralität vom 22. August 1782, auf Grund welcher die Insel zu räumen und an Portugal zurückzugeben sei. Zur selben Angelegenheit berichtet eine Meldung des „Neuerischen Bureau“ aus London, daß der Besittitel Englands über die Insel Trinidad aus dem Jahre 1700 herrühre. Damals wurde die Insel besetzt ohne Einspruch seitens Portugals. Auch Brasilien habe bisher von Amtswegen keine Vorstellung erhoben. Die englische Regierung sei jedoch bereit, in freundschaftlicher Art über irgendwelche Vorstellungen Brasiliens in dieser Angelegenheit in Verhandlung zu treten.

Tagesneuigkeiten.

Wieder ein Schiff-Zusammenstoß. New-York, 25. Juli. Der Dampfer „Terrier“ ist in der Rde von Georgetown mit dem Schooner „Eagle“ zusammengestoßen. Letzterer, mit 29 Passagieren an Bord, sank fast augenblicklich. Es gelang indeß, mit Ausnahme von zwei Männern, zwei Frauen und zwei Kindern, welche ertranken, die Passagiere zu retten.